

Basel, 8. August 2023

Stellungnahme der LDP Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt zur BFI-Botschaft 2025-2028

Vorbemerkung:

Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt ist im nationalen Parlament vertreten, demzufolge ist sie berechtigt, eine gleich zu gewichtende Stellungnahme abzugeben, wie dies andere politische Parteien tun.

Allgemeine Bemerkungen:

Wenn wir mit Recht feststellen dürfen, dass die Schweiz hinsichtlich Bildung, Forschung und Innovation international einen Spitzenplatz belegt, hat dies sehr viel mit der Finanzierung dieser Bereiche durch den Bund und die Kantone zu tun. Stetig konnten sich Universitäten, Fachhochschulen und auch die Berufsbildung weiterentwickeln, Stillstand oder Unterbrüche in der Finanzierung gab es – im Gegensatz zu anderen Ländern – in der Schweiz nie.

Zwar wurden die mit der Beschlussfassung durch das Parlament gesprochenen Beiträge an die Universitäten nie oder höchstens selten vollumfänglich ausbezahlt; fast immer fanden Kürzungen mit Blick auf das Gesamtbudget des Bundes statt.

Mit Ausnahme der eidgenössisch finanzierten Hochschulen, der Berufsbildung und der Innovationsförderung leisten die Kantone den grössten Anteil, der Bund hat die Rolle der Mitfinanzierung. Die im Entwurf der BFI-Botschaft 2025-2028 vorgeschlagenen Finanzbeiträge des Bundes sind völlig ungenügend. In der Realität müssen die Hochschulen – wenn dieser Entwurf zum Beschluss erhoben werden sollte – Budgetkürzungen akzeptieren. Die Folgen wären mittel- und langfristig verheerend für den Wissenschafts- und Wirtschafts-Standort Schweiz. Mit Blick darauf stehen die Ausführungen des Bundesrats zur strategisch zentralen Bedeutung von Bildung und Forschung im krassen Gegensatz zu den vorgesehenen Mitteln, die angestrebten Ziele zu erreichen. Wenn nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt werden kann, drohen Abbaumassnahmen und ein Qualitätsverlust.

Weshalb braucht es mehr Geld? Die Wirtschaft beklagt seit einiger Zeit einen Mangel an Arbeits- und Fachkräften. Wollen wir diese Probleme lösen, müssen wir entweder dieses Personal im Ausland rekrutieren oder in der Schweiz ausbilden. Die Möglichkeiten, ausländisches Personal zu akquirieren, sind beschränkt und nicht unumstritten. Der Ausbildung hier in der Schweiz steht nichts entgegen. Allerdings können zusätzliche Ausbildungsgänge in den Universitäten, Fachhochschulen und in der Berufsbildung nicht zum Nulltarif geschaffen und durchgeführt werden, es braucht zusätzliche Mittel.

Die Zahl der Studierenden an Universitäten, Fachhochschulen und der Lernenden im Berufsbildungsbereich wird in den nächsten Jahren ansteigen. Dies hat Folgen für die Infrastruktur und die Lehre. Es braucht Räumlichkeiten und Dozierende. Dazu braucht es zusätzliche Mittel.

Die Forschung muss sich neben den eigenen Kernbereichen um die Digitalisierung und auch die Künstliche bzw. maschinelle Intelligenz kümmern und rasch Antworten auf drängende Fragen finden. Der akademische Mittelbau muss stärker gepflegt werden als bisher. Neue Forschungsgebiete müssen auch von Schweizer Hochschulen bearbeitet werden. Eine einfache Umwidmung von gesprochenen Finanzen für laufende Forschungsprojekte in neue ist nicht möglich. Es braucht zusätzliche Mittel.

Die Inflation spielte in jüngerer Vergangenheit keine Rolle. In Zeiten mit einer Inflationsrate, wie sie sich aktuell und für die nahe Zukunft abzeichnet, ist es unerlässlich, die Teuerung nicht aus den vorhandenen Mitteln, also durch Verzicht auf andere Aufgaben oder durch Posteriorisierung von Bereichen, die aus rein utilitaristischer Sicht nicht wichtig erscheinen, zu kompensieren.



Liberal-Demokratische Partei

Basel-Stadt

Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt lehnt diesen Entwurf ab und fordert den Bundesrat auf, eine überarbeitete Form den Eidgenössischen Räten vorzulegen. Dabei sind die Bundesbeiträge zu erhöhen und es ist zu prüfen, ob mit den Kantonen, welche aktuell – im Gegensatz zum Bund – ausnahmslos gute bis sehr gute Jahresabschlüsse ausweisen, ein temporäres Finanzierungsabkommen geschlossen werden könnte, das weiteres Wachstum auch in der angespannten Finanzlage des Bundes erlaubt.

Zu den einzelnen Bereichen:

Universitäten und Fachhochschulen:

Die Universität Basel nimmt in mehreren Bereichen der Forschung einen Spitzenplatz ein. Wichtige Bereiche wie Antibiotikaresistenzen, Demenzkrankheiten, Bekämpfung von Sehverlust und Blindheit sind nur einige Beispiele der Exzellenz dieser Hochschule.

Die Nähe zur forschenden Pharma-Industrie und zur Basler ETH sind entscheidend für die zahlreichen bisherigen Erfolge.

Die Geisteswissenschaften werden in Zukunft neben ihrem Kernauftrag auch mitwirken müssen als Korrektiv zur Naturwissenschaftlichen Forschung wie auch des IT-Bereichs.

Die älteste Universität der Schweiz hat es im Laufe der 563-jährigen Geschichte verstanden, sich auf Veränderungen der Gesellschaft einzustellen und den Nutzen von Erkenntnissen und Erfindungen der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Auch mit Blick auf diese Leistungen und die für die Wissenschaft so wichtige Kontinuität geht es nicht an, die Mittel faktisch zu kürzen.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz hat sich seit ihrer Gründung 2006 sehr gut entwickelt. Die neun Hochschulen in den vier Trägerkantonen leisten Beiträge zur Wirtschaftsstärke der Nordwestschweiz, bilden Fachkräfte aus und pflegen internationale Beziehungen. Die trinationale Zusammenarbeit hilft der Schweiz, bei den wichtigen Nachbarländern Akzeptanz für ihre besondere Situation zu schaffen. Die Hochschule für Musik, die Musik-Akademie Basel, welche weltweit zu den führenden Ausbildungsstätten gehört, trägt den Namen der FHNW in die Welt hinaus. Die Ergänzung zur Universität, welche die FHNW mit ihrer anwendungsorientierten Ausrichtung darstellt, führt zu einer optimalen Nutzung des Bildungsangebots in der Nordwestschweiz. Einzigartig für die Schweiz ist die seit bald 20 Jahren bestehende enge Zusammenarbeit der vier Trägerkantone der FHNW, die übrigens auch dem Bund Kosten spart.

Die Wachstumsraten der Grundbeiträge für Universitäten und Fachhochschulen betragen gemäss Vorschlag nominal 1,0% (Universitäten) bzw. 1,1% (Fachhochschulen). Mit Blick auf die Tatsache, dass der Betrieb einer Hochschule auch dann von Jahr zu Jahr teurer wird, wenn keine neuen Bereiche dazu kommen (Lohn-, Miet- und Energiekosten etc.) wird klar, dass diese tiefen Wachstumsraten zu einer Kürzung der zur Verfügung stehenden Mittel führen. Dies bedeutet Rückschritt und Qualitätsabbau.

Die LDP fordert für die Universitäten und die Fachhochschulen eine Wachstumsrate von mindestens 2,5% sowie eine Indexierung zum Ausgleich der Teuerung.

ETH-Bereich

Die ETH Zürich und die EPFL gehören zu den bedeutendsten Hochschulen der Welt. Mit Studierenden und Doktorierenden aus weit mehr als 100 Ländern tragen diese vom Bund finanzierten Hochschulen wesentlich dazu bei, die Schweiz international bekannt zu machen. Die hervorragende Reputation des Wissenschafts-Standortes Schweiz wird wesentlich von diesen beiden

Institutionen geprägt. Beachtlich auch die Kooperationen mit der Wirtschaft. Zahlreiche Start-ups haben ihren Ursprung in einer der beiden Hochschulen.



Liberal-Demokratische Partei

Basel-Stadt

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten die beiden Institutionen Wesentliches; nicht nur in den Bereichen Ingenieurwesen und Informatik. Jährlich schliessen ca. 6000 Personen mit einem Master oder PHD ab.

Der Nutzen der ETHZ und der EPFL fällt im ganzen Land an, die Schweiz, ihre Wirtschaft und Gesellschaft profitieren von den beiden Hochschulen.

Auch in Basel-Stadt bestehen enge Verbindungen zwischen dem ETH-Departement Biosysteme und der forschenden Industrie wie auch mit der Universität Basel.

Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Wachstumsrate von 1,6% kann im ETH-Bereich keine Weiterentwicklung erfolgen. Die Gründe für finanziellen Mehrbedarf sind die gleichen wie bei den Universitäten und Fachhochschulen.

Wenn der ETH-Bereich beitragen soll zur Energiewende, zur Digitalisierung, zur Nutzbarmachung von Künstlicher Intelligenz, zur Cybersicherheit, zur Klimaforschung und zu weiteren Themen, welche für die Zukunft bedeutend sind, braucht es ein reales Wachstum von jährlich mindestens 2,5%.

Die LDP fordert eine Wachstumsrate von mindestens 2,5% sowie eine Indexierung zum Ausgleich der Teuerung.

Berufsbildung:

Entscheidungsbefugt für die Berufsbildung ist der Bund. Die Kosten fallen jedoch zu 75% den Kantonen zu. Das ist eine Schieflage, die es zu korrigieren gilt. In einer Zeit, in welcher eine Priorität die Ausschöpfung des inländischen Fachkräftepotentials ist, muss der Bund mehr beisteuern als im Entwurf der Botschaft vorgesehen. Auch die Weiterbildung braucht mehr Mittel. Von den ca. 270'000 Sozialhilfe-Empfängerinnen und -Empfängern ist ein beachtlicher Teil fähig und willens, in den Ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Dazu sind aber sowohl individuelle Standortbestimmungen nötig (viamia), die allen – auch Sozialhilfe-Beziehenden – offenstehen müssen. Die Kosten dafür dürfen nicht im vorgeschlagenen Ausmass von 80% den Kantonen übertragen werden, der Bund ist in der Pflicht.

Wenn der Arbeits- und Fachkräftemangel in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bekämpft werden soll, braucht es ein deutlich stärkeres Engagement des Bundes als bisher und als im Entwurf vorgesehen. Dazu braucht es auch Ausbilderinnen und Ausbilder, also Absolventinnen und Absolventen der höheren Berufsbildung. Auch wenn positiv festzustellen ist, dass sich der Bund seit kurzer Zeit auch dabei finanziell engagiert, reichen die bisherigen Mittel nicht aus.

Die LDP Basel-Stadt bemängelt auch die fehlende Kreativität bei der Förderung des Berufsnachwuchses in der Wachstumsbranche «Solartechnik und -Installation». Es wäre angezeigt, Nahe in den Gebieten mit starker Nachfrage nach Solar-Energieproduktion – in den Städten und Agglomerationen - auch Ausbildungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe anzubieten. Berufsverbände und auch Berufsbildungszentren müssten involviert werden. Es muss interessierten jungen Menschen möglich sein, in der Nähe ihres Wohnortes diese Ausbildungen zu absolvieren. Eine Kooperation zwischen SBFI und Bundesamt für Energie wäre sinnvoll und würde mithelfen, den ambitionierten Zeitplan der Energiestrategie einhalten zu können.

Mit Blick auf die notwendigen grösseren Anstrengungen im Berufsbildungsbereich, um das Potential an Arbeits- und Fachkräften im Inland besser ausschöpfen zu können und auch mit gezielten Weiterbildungen Sozialhilfebeziehende in den Arbeitsmarkt zu integrieren, braucht es vom Bund deutlich mehr Geld als vorgesehen.

Die LDP fordert eine Wachstumsrate von mindestens 2,5% sowie eine Indexierung zum Ausgleich der Teuerung.

Weiterbildung:

Die Kantone leisten wichtige Beiträge, auch älteren Menschen zur Erlangung der Grundkompetenzen und auch einem Sek I Abschluss zu verhelfen, welche die übliche Schullaufbahn nicht



Liberal-Demokratische Partei
Basel-Stadt

verfolgen konnten. Die Nahtstelle zur Berufsbildung ist entscheidend für das Gelingen der beruflichen Integration. Dazu braucht es geeignete Instrumente seitens der Berufsbildung.

Die berufsorientierte Weiterbildung ist vom Parlament für die laufende BFI-Beitragsperiode erhöht worden. Diese Mittel gilt es gezielt einzusetzen, um drohende Arbeitslosigkeit wegen fehlender Kompetenzen zu vermeiden. Entscheidend für den Erfolg sind präzise Definitionen der auszugleichenden Defizite. Hier ist der Bund ebenso gefordert wie die Berufsorganisationen und die Institutionen der Weiterbildung. Der aktuelle Zustand ist suboptimal. Es fehlt eine Leader-Funktion.

Ausbildungsbeiträge:

Bei der seinerzeitigen Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen wurde die Hauptlast für die Finanzierung der Ausbildungsbeiträge auf die Kantone übertragen. Der Bund blieb mitbeteiligt. Allerdings mit einem deutlich zu tiefen Betrag. Hier braucht es Korrekturen.

Die LDP verlangt ein stärkeres Finanz-Engagement des Bundes bei den Ausbildungsbeiträgen ergänzend zu den Kantonsleistungen.

Forschung und Innovation:

Der Schweizerische Nationalfonds trägt wesentlich zur internationalen Spitzenposition der Schweiz in Forschung und Innovation bei. Diese Exzellenzförderung ist in jüngster Vergangenheit noch wichtiger geworden, weil die Schweiz bei Horizon Europe nicht mehr mitwirken kann. Es droht ein Verlust der Spitzenposition, die nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Weiterentwicklung zu unterstützen.

Mit der vorgesehenen Erhöhung von 2,7% werden die Leistungen des SNF abgebaut. Kreative und vielversprechende Forschungsansätze können nicht mehr wirkungsvoll unterstützt werden. Gerade für forschungsstarke Universitäten, wie z.B. die Universität Basel wirkt sich dies nachteilig aus. Betroffen wäre indirekt auch die forschende Industrie, welche sich insbesondere in der Zeit der Pandemie stark in Kooperationen mit Hochschulen eingebracht hatte. Ein Blick auf die Wirkung der vom SNF getriebenen erfolgreichen Forschungsprojekte zeigt, wie bedeutend dieses Exzellenzförderungs-Gefäss ist. Eine Kürzung der Mittel des SNF würde zu einem Verlust an Know-how in der Schweiz führen und hätte auch den Wegzug führender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Folge.

Die LDP fordert eine Wachstumsrate von mindestens 3,5% sowie eine Indexierung zum Ausgleich der Teuerung.

Forschungsinstitutionen von nationaler Bedeutung:

Wir gehen davon aus, dass sich der Bund seiner eingegangenen Verpflichtung gegenüber den Forschungsinstitutionen von nationaler Bedeutung wie das Swiss TPH und swisspeace sowie seiner Verantwortung für die von diesen Institutionen exzellent betriebene Forschung bewusst ist und die steigenden Kosten auch dieser Institutionen mitträgt. Ebenso erwarten wir Bundesbeiträge an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel, IOB, ein PPP-Projekt von Novartis einerseits und Kanton Basel-Stadt, Universität Basel und Universitätsspital Basel andererseits. Auch das NCCR Programm AntiResist und das NCCR Spin müssen auch in Zukunft Bundesmittel erhalten können. Alle diese Institutionen tragen wesentlich zur wissenschaftlichen Exzellenz und zur positiven Positionierung der Schweiz im Ausland bei, allen kommt nationale Bedeutung zu.

Die Forschungsergebnisse des Swiss TPH sind hervorragend, z.B. bei der Bekämpfung von Malaria. Es bestehen enge Zusammenarbeits-Verhältnisse mit der forschenden Industrie und der Universität Basel sowie mit dem Universitätsspital Basel. Die Wirkung, welche das Swiss TPH in Ifakara,

Tansania, mit dem Ifakara Health Institute, einer der renommiertesten Forschungsinstitutionen in Afrika für die dortige Bevölkerung erzielt, sind beispielgebend. Auch der Nutzen für die Schweiz ist einzigartig.

LDP

Liberal-Demokratische Partei

Basel-Stadt

Swisspeace ist eine wichtige Institution im Bereich der Friedensförderung und Friedensforschung. Ein Ausbau dieser Institution würde der Schweiz helfen, ihre Position und ihr Ansehen weltweit zu verbessern, was gerade in unserer Zeit notwendig ist. Die Zusammenarbeit zwischen dem Departement für auswärtige Angelegenheiten, dem Nationalfonds und dem SBFI muss nicht – wie angekündigt – gekappt, sondern im Gegenteil deutlich gestärkt werden. Dazu braucht es Mittel des Bundes, egal ob auf der Basis von Art. 15 FIFG oder auf anderer Gesetzesgrundlage des Bundes. Das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology IOB, Basel hat bereits bahnbrechende Erfolge in der Bekämpfung von Sehverlust und Blindheit erzielen können. Es ist ein seltener Glücksfall, dass die Initiative für ein Forschungsgebiet von der forschenden Pharma-Industrie, konkret von Novartis ausgeht. Solche PPP-Modelle müssen auch vom Bund gefördert werden, stärken sie doch nicht nur den Wissenschafts-Standort, sondern auch die Verbundenheit des beteiligten Konzerns mit dem Standort. Die Aussichten auf weitere Forschungserfolge des IOB, welche auch wirtschaftliche Verwertung finden können, sind hoch, ein Einsatz von Bundesmitteln also auch unter diesem Gesichtspunkt lohnend.

Das NCCR AntiResist als nationales Kompetenzzentrum in der Bekämpfung von Antibiotika-Resistenzen, domiziliert in Basel, hat bereits wichtige Erfolge in diesem Forschungsbereich erzielen können. Es ist von eminenter Bedeutung, diese erfolgreiche Arbeit von diesem Team weiterführen zu können. Die nationale Bedeutung ist gegeben, eine weitere Zusammenarbeit mit der Pharma-Industrie ist ebenso sinnvoll wie anzustreben. Dazu braucht es auch in Zukunft neben der bestehenden befristeten Finanzierung zusätzliche Mittel des Bundes. Ein Return on Investment mit Nutzen für das ganze Land ist garantiert, wenn – was erwartet werden darf – Erfindungen hier wirtschaftlich genutzt werden können.

Das NCCR Spin, ein Programm zur Entwicklung von Technologien für den Bau eines Quantencomputers, domiziliert in Basel, weist auf das enorme Potenzial dieser Technologien hin. Die Schlüsselkompetenzen für die Daten- und Informationsverarbeitung der Zukunft werden hier geschaffen. Die vielversprechenden Resultate der bisherigen Arbeiten rechtfertigen den Einsatz zusätzlicher Mittel. Der Nutzen der Anwendung fällt im ganzen Land an.

Die LDP fordert eine finanzielle Unterstützung durch den Bund für das Swiss TPH, swisspeace, das IOB Basel, für die Weiterentwicklung des NCCR AntiResist sowie das NCCR Spin. Falls dies nicht auf der Basis von Art. 15 FIFG oder durch den SNF erfolgen kann, soll eine andere Finanzierungsbasis des Bundes Anwendung finden, weil alle diese Institutionen von nationaler Bedeutung sind.

Zusammenarbeit mit der forschenden Industrie

Während der Pandemie hat eine hervorragende und bisher nicht in diesem Ausmass erfolgte Zusammenarbeit zwischen Pharmafirmen untereinander und der Grundlagenforschung verschiedener Schweizer Hochschulen und Universitätsspitäler stattgefunden. Rasch wurden umsetzbare Resultate erreicht, die mitgeholfen haben, die Pandemie erfolgreich zu bekämpfen.

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der forschenden Industrie muss auch ohne äusseren Druck verbessert und intensiviert werden. Eine wichtige Voraussetzung für Forschungserfolge im Life Science und insbesondere im Pharma-Bereich ist die Verfügbarkeit von anonymisierten Patientendaten. Auf der Basis möglichst umfassender Kenntnis von Krankheitsverläufen lassen sich gezielt Heilmittel entwickeln. Die Schweiz hat in diesem Bereich einen enormen Rückstand auf andere Länder. Dieser unbefriedigende Zustand stellt eine Bedrohung für den Forschungsstandort Schweiz dar.

Die LDP fordert das SBFI und das BAG auf, endlich vorwärts zu machen, so dass zeitnah anonymisierte Patientendaten aus der Schweiz für die Forschung in Industrie und Hochschulen zur Verfügung stehen.



Liberal-Demokratische Partei
Basel-Stadt

Antrag der LDP Basel-Stadt für ein neues Finanzierungsmodell in Zeiten angespannter Finanzlage des Bundes:

Während der Bund aktuell und in nächster Zukunft mit Defiziten rechnen muss, befinden sich die meisten Kantone in guter, einige sogar in sehr guter Finanzsituation. Gesamthaft schliessen die Kantone 2022 um 4,59 Milliarden Franken besser ab als budgetiert. Bedingt durch die OECD-Steuerregelung wird sich diese Schieflage zwischen Kantons- und Bundesfinanzen künftig noch akzentuieren. Es müsste vor diesem Hintergrund möglich sein, die Kantone vorübergehend stärker in die Finanzierung des BFI-Bereichs einzubeziehen als üblich. Dazu bräuchte es ein Abkommen zwischen Bund und Kantonen.

Inhalt könnte sein, die Kantone auf freiwilliger Basis zu verpflichten, die Differenz zwischen den Beiträgen, welche der Bund maximal für die Periode 2025 – 2028 beisteuern kann und der in den Vernehmlassungsantworten geforderten und dem Bund akzeptabel scheinenden höheren Beträge zu übernehmen.

Alternativ könnte der Bund verlangen, dass nur diejenigen kantonale getragenen Hochschulen und Fachhochschulen höhere Bundesbeiträge erhalten, welche bereit sind, ihre Beiträge in einem zu bestimmenden Verhältnis an die Bundesbeiträge zu binden. Maximalziel könnte sein, ein Mehrfaches der zusätzlichen Bundesbeiträge von den Kantonen zu verlangen, um Bundesbeiträge überhaupt zu erhalten.

So könnte auch seitens der Kantone ein Beitrag geleistet werden, diese schwierige Zeit ohne Schaden für die Bildung, Forschung und Innovation zu überstehen. Der Bundesrat hat bereits 2020 in der Beantwortung der Anfrage von LDP-Nationalrat Christoph Eymann eine gewisse Offenheit für die Änderung der Bedingung der Finanzierung der kantonale getragenen Hochschulen, z. B. mittels Matching Funds signalisiert.

Die LDP fordert den Bundesrat auf, mit den Kantonen Verhandlungen über ein zeitlich begrenztes, stärkeres Engagement in der Finanzierung des BFI-Bereichs zu führen, um so einen Leistungs- und Exzellenz-Abbau unserer Hochschulen, Fachhochschulen und der Berufsbildung zu verhindern.

Für die LDP Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt
Die Präsidentin

Patricia von Falkenstein, Nationalrätin